



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2012/2294(INI)

19.9.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

zu dem Thema „Öko-Innovation – Wachstum und Beschäftigung durch
Umweltpolitik“
(2012/2294(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Phil Bennion

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf die Strategie Europa 2020, die auf intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum ausgerichtet ist,
 - unter Hinweis auf das neue Instrument „Jugendgarantie“,
 - unter Hinweis auf den Eurofound-Bericht vom Januar 2013 mit dem Titel „Antizipation und Umgang mit den Auswirkungen der ökologischen Ausrichtung von Wirtschaftszweigen in der EU auf die Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen“, und die Eurofound-Datenbank mit Fallstudien,
 - unter Hinweis auf den Eurofound-Bericht 2011 mit dem Titel „Arbeitsbeziehungen und Nachhaltigkeit: die Rolle der Sozialpartner beim Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft“,
- A. in der Erwägung, dass Öko-Innovation ein Grundpfeiler für die Konzipierung einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Wachstumsstrategie durch die EU ist, die Beschäftigungsmöglichkeiten von guter Qualität in vielen verschiedenen Sektoren herbeiführen kann;
- B. in der Erwägung, dass ein beunruhigender Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen ist und ein großer Bedarf an Maßnahmen besteht, die mehr und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen mit sich bringen;
- C. in der Erwägung, dass dieser Wandel das Potenzial hat, die Beschäftigung zu stabilisieren und die Zahl der Arbeitsplätze mit bedeutenden Spill-over-Effekten zu erhöhen; in der Erwägung, dass dort, wo verlässliche Rahmenbedingungen eingeführt wurden, eine stetige Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Arbeitsplatzsicherheit zu verzeichnen ist, was durch steigende Exporte stabilisiert wird;
- D. in der Erwägung, dass es die Initiative der Kommission „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“, in der die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zur Geltung kommt, begrüßt hat;
- E. unter Hinweis darauf, dass in seiner Entschließung vom 7. September 2010 zur Weiterentwicklung des Beschäftigungspotenzials einer neuen, nachhaltigen Wirtschaft¹ auf die IAO-Definition des Begriffs nachhaltige Arbeitsplätze verwiesen wird, und betont wird, dass Öko-Innovationen in allen Industrie- und Produktionszweigen einen bedeutenden Platz einnehmen;
1. verweist auf das Potenzial für die direkte und indirekte Schaffung von Arbeitsplätzen guter Qualität hin; fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre

¹ Angenommene Texte, P7_TA(2010)0299.

Anstrengungen in diesem Bereich zu erhöhen; begrüßt die Förderung einer integrierten Strategie zugunsten des umweltverträglichen Wachstums durch die Kommission im Rahmen der Leitinitiative „Innovationsunion“ und vor allem den Aktionsplan für Öko-Innovation als einen Schritt in die richtige Richtung;

2. betont, dass der Erfolg von Öko-Innovationen gezielter und langfristiger Investitionen bedarf, die im Speziellen die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur usw. umfassen müssen;
3. hebt das breite Spektrum an Beschäftigungsmöglichkeiten auf verschiedenen Qualifikationsniveaus hervor, das sich durch Öko-Innovationen eröffnet, mit Arbeitsplätzen in den Bereichen Ökodesign, Forschung, Entwicklung und Innovation und in der Wissensbranche, für die ein hohes Bildungsniveau gefordert wird, und dass es zudem im Produktionsbereich Aufgaben gibt, die eher praktische Kompetenzen erfordern; stellt fest, dass Arbeitnehmer auf allen Ebenen Vorschläge zu Öko-Innovationen machen können, die Produktionsketten verbessern oder ersetzen;
4. stellt fest, dass die Energieeffizienz von Wohnungen und Gebäuden und der Anteil der erneuerbaren Energieträger gesteigert werden müssen und Umweltechnologien, nachhaltiger Verkehr und nachhaltige Mobilität, Nachhaltigkeit in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, Beratung durch umweltbezogene Dienste sowie Recycling- und Wiederverwendungsverfahren, ressourcenschonende Produktionsprozesse und Kreislauf-Materialzyklen, Ökodesign und Investitionen in den Wissenssektor zunehmen müssen, damit die Beschäftigungsziele der Strategie Europa 2020 verwirklicht und das Beschäftigungspotenzial einer neuen nachhaltigen Wirtschaft ausgeschöpft werden; stellt fest, dass auch der Dienstleistungssektor und die Sozial- und Solidarwirtschaft¹ großes Potenzial für umweltverträgliche Beschäftigung bieten;
5. ist der festen Überzeugung, dass Umweltschutzpolitik mit marktwirtschaftlicher Grundlage zum Motor für Wachstum und Beschäftigung in allen Wirtschaftszweigen werden kann, und betont, dass berechenbare und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen die Grundlage dafür sind, dass innovative Unternehmen diese Chancen zum Wohl der Umwelt und der Arbeitnehmer optimal nutzen können;
6. stellt fest, dass der Übergang der Wirtschaft zu neuen Unternehmensnischen die junge Arbeitnehmergeneration anziehen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Spektrum Öko-Innovation herbeiführen kann;
7. stellt fest, dass Öko-Innovationen in Haushalten, im Bauwesen und in der Landwirtschaft wichtig sind, weil sie den Bürgern eigene Betätigung und den Kleinstunternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen, beispielsweise in den Bereichen Behandlung und Wiederverwendung von Abfällen vor Ort, Energieerzeugung und -einsparung und anderen Bereichen der Öko-Innovation;
8. stellt fest, dass die Öko-Innovation eindeutige Chancen für neue Nischenunternehmen bietet, dass sie KMU, Unternehmensgründern, Selbstständigen und Unternehmern die Möglichkeit bietet, von neuen Märkten und Geschäftsmodellen zu profitieren, und dass

¹ Der Ausdruck „social economy“ ist in dieser Weise wiederzugeben.

sie traditionellen Wirtschaftszweigen neuen Schwung gibt durch Chancen, bestehende Arbeitsplätze dank einer Anpassung an nachhaltige, ressourceneffiziente Produktions- und Arbeitsmethoden umweltverträglicher zu gestalten;

9. empfiehlt die Förderung des kreativen und innovativen Potenzials junger Menschen, um zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen und ihren Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern;
10. hebt den zweifachen ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen hervor, den der Übergang zu einer umweltverträglichen, nachhaltigen Wirtschaft dank der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen sowohl in der EU als auch in den Entwicklungsländern durch die verstärkte Teilnahme an der Herstellung von innovativen Kraftstoffen und Materialien mit sich bringt; hebt außerdem die Beschäftigungsmöglichkeiten hervor, die sich aus der Verarbeitung und dem Vertrieb von Biowerkstoffen an Unternehmen sowie an öffentliche Einrichtungen, Privatkunden und Haushalte ergeben; betont, dass sich aus diesen Möglichkeiten nachhaltige Arbeitsplätze guter Qualität für qualifizierte und nicht qualifizierte Arbeitskräfte ergeben dürften; stellt fest, dass mit heute vorhandenen Finanzinstrumenten ein langfristig tragfähiger Regelungsrahmen zur Förderung von Nachhaltigkeit geschaffen werden sollte;
11. weist auf die komplexen Herausforderungen hin, die sich unter anderem auf den Gebieten Ernährungssicherheit, Klimaschutz, Qualität der Böden, Rohstoffknappheit sowie Umstellung auf Systeme für erneuerbare Energieträger und auf Energieeffizienz ergeben; stellt fest, dass die Öko-Innovation bei der Inangriffnahme vieler dieser Herausforderungen eine bedeutende Rolle spielen kann; bekräftigt erneut, dass ein solcher Übergang einen ganzheitlichen Ansatz erfordert, der die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Höherqualifikation, Forschung und Innovation, private und öffentliche Investitionen und Ausbau von Infrastrukturen umfasst, die durchweg zu vielfältigen und nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen;
12. hebt die potenziellen Synergie-Effekte der Öko-Innovation bei der Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen guter Qualität, dem Schutz der Umwelt und der Reduzierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten hervor;
13. weist insbesondere auf die Bedeutung des Zugangs zu angemessener beruflicher Bildung und Höherqualifikation im Rahmen der Öko-Innovation hin, durch die den Arbeitgebern die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte zugeführt werden, junge Menschen mit den nötigen Kenntnissen und Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie im Zuge der aufkommenden Innovationsmöglichkeiten Einstellungschancen haben, und Arbeitnehmern der Übergang von im Niedergang befindlichen zu neuen, umweltverträglichen Wirtschaftszweigen erleichtert wird; betont in diesem Zusammenhang die Chancen, die Fortbildungen im ländlichen Raum und andere Formen der beruflichen Bildung bieten, diese neuen Kompetenzkategorien zu entwickeln;
14. betont, dass Forschung die Basis für Innovation und Öko-Innovation ist; weist auf das große Wachstumspotential der Öko-Innovation und auf Europas Chance hin, in diesem Feld weltweit führend zu sein, was mit neuen und hochwertigen Arbeitsplätzen verbunden ist;

15. befürwortet die Förderung der Übernahme der besten Öko-Innovationen besonders in den Entwicklungsländern, wo beispielsweise effizientere Holzkohleherstellungsprozesse, kompostierende Toiletten, die Nutzung erneuerbarer Energieträger, Abwasserreinigungssysteme und viele weitere Innovationen die Lebensqualität spürbar und zu relativ geringen Kosten heben, die Gesundheitslage verbessern und nachhaltige Unternehmenstätigkeit und Beschäftigung fördern können;
16. betont die wesentlichen Beiträge, die Partnerschaften und Synergien zwischen dem Bildungswesen, Unternehmen und lokalen und regionalen Gebietskörperschaften durch Bereitstellung der einschlägigen beruflichen Bildung – unter anderem Kompetenzen bei Männern und Frauen in den MINT-Fächern, Berufsorientierung, hochwertige und bezahlte Praktika und Möglichkeiten zum dualen Lernen – leisten können, um einen breiten Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten und zu Arbeitsplätzen hoher Qualität, die durch die Öko-Innovation entstehen, zu schaffen;
17. legt den Mitgliedstaaten nahe, steuerliche Anreize für Unternehmen, insbesondere für KMU, bereitzustellen, damit mehr Investitionen in private Forschung und Entwicklung fließen; befürwortet in diesem Zusammenhang den Aktionsplan für Öko-Innovation;
18. fordert die Mitgliedstaaten auf, die staatenübergreifende Zusammenarbeit auszubauen, um für die Verbreitung von Technologie und bewährten Verfahren in der ganzen EU zu sorgen und so die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu verbessern;
19. fordert die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der Herbeiführung eines sozial verantwortbaren Übergangs zu umweltverträglichen Arbeitsplätzen guter Qualität so bald wie möglich den Europäischen Sozialfonds für Programme, die der Höherqualifizierung, der Fortbildung und der Umschulung dienen, zu nutzen;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	18.9.2013
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 38 -: 0 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Regina Bastos, Heinz K. Becker, Phil Bennion, Pervenche Berès, Vilija Blinkevičiūtė, Philippe Boulland, Alejandro Cercas, Ole Christensen, Minodora Cliveti, Frédéric Daerden, Karima Delli, Sari Essayah, Richard Falbr, Marian Harkin, Nadja Hirsch, Danuta Jazłowiecka, Ádám Kósa, Jean Lambert, Patrick Le Hyaric, Verónica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Thomas Mann, Elisabeth Morin-Chartier, Csaba Óry, Siiri Oviir, Konstantinos Poupakis, Sylvana Rapti, Licia Ronzulli, Joanna Katarzyna Skrzydlewska, Jutta Steinruck, Traian Ungureanu, Andrea Zanoni
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Claudette Abela Baldacchino, Georges Bach, Jürgen Creutzmann, Sergio Gutiérrez Prieto, Anthea McIntyre, Ria Oomen-Ruijten, Antigoni Papadopoulou